

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

BERLINER EXTRA DIENST

11 / 2 - 6. Januar 1968
Einzelpreis DM 0.75

PROTEST-PROTESTANTEN: STATT KIRCHENSTEUER GELD FÜR VIETCONG

Zahlreiche junge evangelische Christen, unter ihnen viele Studenten, haben sich aufgrund der Vorfälle in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche entschlossen, aus der evangelischen Kirche auszutreten. Sie wollen damit "gegen eine Gemeinde, die sich christlich nennt, die Grundsätze des Evangeliums aber in ihr krasses Gegenteil umkehrt" protestieren. In einer ersten Erklärung, die jedoch in den nächsten Tagen noch diskutiert werden soll, heißt es: "Einer Kirche, die die Botschaft vom Frieden auf Erden so interpretiert, daß sie zu der von den Amerikanern praktizierten 'Endlösung der Vietnamesen-Frage' schweigt oder sie gar gutheißt, wollen wir nicht weiter angehören. Pfarrer, die Diskussionen mit Polizeigewalt zu verhindern suchen, Prügel-'Christen' in ihrer Gemeinde dulden und die Geprügelten verleumden, haben das Recht auf ein seelsorgerisches Amt verwirkt. Ein Bischof, der studentische Protestanten, die das christliche Gewissen gegen den Völkermord in Vietnam aufrütteln wollen, mit Gottesdienst-Störern der Nazi-Zeit vergleicht, wird mit seinen Beschwichtigungsversuchen kein Gehör bei uns finden können." Einige dieser Protest-Protestanten beabsichtigen, die bisher regelmäßig gezahlte Kirchensteuer künftig der Nationalen Befreiungsfront in Südvietnam zukommen zu lassen.

BUNDESGRENZSCHUTZ: "UNTERNEHMEN STUDENTENUNRUHEN"

Unmittelbar nach der Polizeiknüppelaktion vom 2. Juni 1968 vor der Deutschen Oper Berlin aus Anlaß der Demonstration gegen den Schah-Besuch in der Stadt, die von Beobachtern häufig als "Notstandsübung" eingeschätzt wurde, fanden ähnliche Notstandsübungen offenbar auch in der Bundesrepublik statt. So liegt ein Bericht aus Hessen vor, nach dem am 3. und 4. Juni bei der Bundesgrenzschutzabteilung in Alsfeld Dienstplanänderungen vorgenommen wurden. Die Truppe erhielt eine Ausbildung in "Räumen von Straßen und Plätzen"; eine offizielle Dienstplanänderung unter Bezug auf die Ereignisse in Westberlin wurde bei der 9. Hundertschaft in Alsfeld durchgeführt; eine zweite Hundertschaft erhielt die gleiche Ausbildung, jedoch ist eine detaillierte Angabe, ob diese Übung im Hinblick auf die Westberliner Demonstrationen vorgenommen wurde, nicht zu erhalten gewesen. Unmittelbar nach der "Ausbildung auf Plätzen und Straßen" wurde, ebenfalls unter direktem Bezug auf die Westberliner Vorkommnisse, eine "berufsethische Unterweisung" vorgenommen. Dabei gab es inoffizielle Äußerungen von Unteroffizieren, allerdings während der Dienstzeit, in der sie meinten, sie würden den "Studentinnen und Studenten mit größtem Vergnügen den Arsch verhauen". Sie würden, "Vorschrift hin, Vorschrift her, kräftig hinlangen und nicht nur auf Arme und Beine".

STAATSANWALTSCHAFT: ENTLASTUNGSZEUGEN IGNORIERT

Ähnlich wie im Fall Teufel ignorierte die Westberliner Staatsanwaltschaft auch im Fall eines anderen Studenten alle angebotenen Entlastungszeugen, stützte sich nur auf die Aussage eines Polizisten und erhob Anklage. Der Tatbestand: Einen Tag nach der Erschießung Benno Ohnesorgs, am 3. Juni 1967, fuhr ein Student mit drei Kommilitonen in einem Auto durch die City Westberlins und zeigte dabei ein Plakat: "Beking die Polizei einen Mord?" Der Wagen wurde von einem Streifenbeamten angehalten; der Polizist zerriß das Plakat, trampelte darauf herum und erstattete Anzeige wegen Beleidigung der Polizei. In der Anzeige behauptete der Beamte, der Text des Plakats habe gelautet: "Polizisten sind Mörder". In einem ausführlichen Brief an die Staatsanwaltschaft stellte der Student den Sachverhalt richtig und bot drei Entlastungszeugen an, die bezeugen sollten, daß der Text des Plakats eine Fragestellung beinhaltete. Die Staatsanwaltschaft vernahm die Entlastungszeugen jedoch nicht und erhob Anklage. Das Gericht weigerte sich jetzt, das Hauptverfahren zu eröffnen und gab der Staatsanwaltschaft auf, endlich auch die Entlastungszeugen zu vernehmen. - Gegen den Polizisten wurde inzwischen von Seiten des Studenten Strafanzeige erstattet, und zwar wegen: Urkundenvernichtung, falscher Anschuldigung, Verfolgung Unschuldiger, übler Nachrede, Sachbeschädigung und Nötigung.

BUNDESWEHR: REKRUTIERT WEITER IN WESTBERLIN

Zu zwei Monaten Gefängnis mit Bewährung wegen Fahnenflucht verurteilte das Amtsgericht Goslar in dieser Woche den 23jährigen Schriftsetzer Manfred Kaufmann aus Westberlin. Kaufmann hatte wegen familiärer Zwistigkeiten sein Elternhaus in Goslar verlassen und war nach Westberlin übersiedelt. Er ist Inhaber eines Westberliner Personalausweises. Trotzdem erhielt er - wie üblich mit fingiertem Absender - einen Gestellungsbefehl der Bundeswehr. Gegen diesen Einberufungsbescheid legte er Widerspruch ein, weil er Westberliner sei. Eine Antwort wurde ihm nicht zuteil, dafür erhielt er eine Anklage wegen Fahnenflucht zugestellt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kaufmann fünf Monate Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Das Gericht begründete sein niedrigeres Urteil mit dem Hinweis, daß Kaufmann durch seinen Anwalt "irrtümlich in der Auffassung bestätigt worden ist, daß er Berliner sei". - Der Fall legt klar, daß die Bundeswehr weiterhin widerrechtlich in Westberlin rekrutiert. Daß den Bundeswehrbehörden bewußt ist, daß sie "etwas außerhalb der Legalität" vorgehen, wird aus der Verwendung fingierter Absender deutlich. Offensichtlich rechnen die Behörden damit, daß die Empfänger Schreiben von Bundeswehrbehörden zurückgehen lassen; vorzugsweise werden als Absender daher die Namen von Mädchen und Frauen - häufig Angestellten von Bundeswehrbehörden - mißbraucht.

PFARRER GÜNTER POHL: GEGENDARSTELLUNG GEWÜNSCHT

Rechtsanwalt Dr. Klaus Finkelnburg hat dem EXTRA-Dienst folgendes Schreiben zugestellt: "Gegendarstellung von Pfarrer Günter Pohl, Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche: Ich bin entgegen der Meldung auf Seite 2 des 'Berliner Extra Dienstes' vom 3. 1. 1968 am 24. 12. 1967 nicht vom Verfassungsschutz oder sonstigen Stellen oder Personen davon unterrichtet worden, daß Demonstranten beabsichtigen, ihre Plakate in die Kirche zu tragen."

Zu dieser Gegendarstellung erklärt der EXTRA-Dienst: Die erwähnte EXTRA-Dienst-Meldung war in der Tat ungenau, da geschrieben wurde, daß der Verfassungsschutz offenbar vor der Demonstration Pfarrer Pohl unterrichtete. Fest steht jedoch, daß Rechtsanwalt Dr. Finkelnburg, Rechtsvertreter von Pfarrer Pohl, dem Rechtsvertreter von Rudi Dutschke, Rechtsanwalt Mahler, mitgeteilt hat, Herr Pohl sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß etwa eine Stunde vor Beginn des Weihnachtsgottesdienstes in der Gedächtniskirche Rudi Dutschke den Anruf eines Freundes erhalten habe. Darin hieß es, die Sache in der Gedächtniskirche gehe in Ordnung. Da keiner der beiden Telefon-Gesprächspartner Pfarrer Pohl diese Mitteilung machte, kann es nach Lage der Dinge nur eine Instanz gewesen sein, die ungebeten am Telefon mithört: Der Verfassungsschutz.

MEHRHEITSWAHLRECHT: PENSION FÜR WIDERSPENSTIGE ABGEORDNETE ?

In internem Kreis schlug der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Helmut Schmidt vor, ein Mehrheitswahlrecht für die Bundesrepublik mit einer Pension für ausscheidende Bundestagsabgeordnete zu koppeln. Schmidt glaubt, daß sich die Mehrzahl seiner Kollegen, die dem Mehrheitswahlrecht aus persönlichen Gründen ablehnend gegenüberstehen - weil sie durch ein neues Wahlrecht ihren Sitz verlieren würden -, dem neuen Wahlrecht zustimmen würden, wenn sie mit einer Pension abgefunden werden.

JURISTENBALL: UNTER BETEILIGUNG DER JUSTIZ-OPFER

Der offizielle Juristenball am kommenden Sonnabend, 20 Uhr, im Palais am Funkturm wird - dem Vernehmen nach - nicht ohne Teilnahme der "Opfer der Justiz" stattfinden. Studentische Oppositionsgruppen planen eine Demonstration gegen die "tanzende politische Justiz".

In der Politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft gab es zum Jahreswechsel ein Revirement: Oberstaatsanwalt Kuntze arbeitet jetzt wie der 1. Staatsanwalt Grunner in einer "ruhigeren Abteilung". Nachfolger Kuntzes ist Oberstaatsanwalt Severin. Auf ihn spielt ein Aufruf des SDS zum Juristenball an, in dem es u. a. heißt: "Wenn Severin am Sonnabend nicht um zwanzig Jahre älter wird, ist das Schuld aller Genossen, die am Sonnabend hinterm Ofen hocken bleiben."

JUNGE BUCHHÄNDLER: REPUBLIKANISCHER ARBEITSKREIS

Die Initiative junger Westberliner Buchhändler zur gewerkschaftlichen Organisierung ihrer Berufsgruppe im DGB hat bei westdeutschen Buchhändlern großes Interesse ausgelöst. Auf einer ersten überregionalen Arbeitstagung in Baden-Baden waren Buchhändler aus mehreren Städten der Bundesrepublik erschienen, um gemeinsames Vorgehen zu beraten. Dabei wurde auch die Bildung eines "Arbeitskreises republikanischer Verleger und Buchhändler" angeregt. Rudi Dutschke, der als Referent eingeladen war, mußte aus persönlichen Gründen - nicht, wie mehrfach in der Presse gemeldet wurde, aufgrund eines gefälschten Absagebriefes - der Tagung fernbleiben. Seine Frau erwartete ein Kind. Dutschke sandte der Buchhändler-Tagung ein Solidaritäts-Telegramm mit folgendem Text: "Unser Kind verursacht die ersten Schmerzen - die Geburtswehen der Revolution dauern länger und sind von Dutschke und anderen unabhängig subversiv tätig. Die Selbstorganisation der Buchhändler, des bewußtesten Teils, ist ein Wendepunkt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Erstmals seit den Zwanziger Jahren nimmt eine Produzentengruppe ihre Interessen in die eigene Hand, vertraut sich nicht mehr den herrschenden Institutionen an. Ich solidarisiere mich damit. Rudi Dutschke - SDS."

AFRICA ADDIO: MASSENPROZESS AB 14. JANUAR

Am 14. Januar (weitere Verhandlungstage: 16., 17. und 19. Januar) beginnt vor dem Amtsgericht Tiergarten (Saal 700, jeweils 10 Uhr) ein "Massenprozeß" gegen 16 Angeklagte. Sie werden des "Auflaufs" in Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 4. August 1966 gegen den rassistischen Filmstreifen "Africa Addio" beschuldigt, der im Astor-Kino am Kurfürstendamm lief. Nach massiven Demonstrationen afrikanischer Studenten und Westberliner und westdeutscher Kommilitonen mußte der Streifen von der Direktion abgesetzt werden. Westberlins zurückgetretener Polizeipräsident Duensing hatte den Film einer englischen Journalistin gegenüber gelobt (EXTRA-Dienst 21/67). Westberlins ebenfalls abgehalfterter Regierender Bürgermeister Albertz über den Film, den er am 31. August in einer Sondervorstellung gesehen hatte: "Scheußlich. Ich brauchte anschließend einen Schnaps."

"KAUFHAUSBRANDSTIFTUNG": PROZESS-NEUAUFLAGE AM 19. FEBRUAR

Der im letzten Jahr vertagte Prozeß gegen die Studenten Teufel und Langhans wegen angeblicher "Aufforderung zur Brandstiftung" (die Studenten hatten in einem satirischen Flugblatt einen Kaufhausbrand in Brüssel und die US-Kriegsführung in Vietnam gegenübergestellt) wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in den ersten Januartagen fortge-

setzt. Der Prozeß war unterbrochen worden, weil Teufel und Langhans auf Antrag der Staatsanwaltschaft psychiatrisch untersucht werden sollten. Die beiden hatten einer solchen Untersuchung zugestimmt, wenn Gericht und Staatsanwaltschaft einer ähnlichen Prozedur unterworfen würden. Die Staatsanwaltschaft bemüht sich inzwischen, die Anklage auf Herstellung und Verbreitung des inkriminierten Flugblatts auf acht Mitglieder der Kommune auszudehnen. Obwohl den Angeklagten in spe eine Anklageschrift noch nicht zugestellt worden ist, scheint Moabit bereits einen Verhandlungstermin zu wissen: Den 19. Februar. Gerüchte, daß der "Brandstifterprozeß" gänzlich niedergeschlagen wird, weil die Staatsanwaltschaft eine ähnliche Blamage wie im ersten Teil des Prozesses fürchtet, wollen allerdings nicht verstummen.

DEMOKRATISCHER KLUB: PROFESSOREN ARBEITEN MIT

Der Vorstand der rechtsgerichteten Gegenorganisation zum Republikanischen Club, der Westberliner "Demokratische Klub", ließ den Westberliner Büroleiter der Springer-Zeitung "Die Welt" wissen, daß neben dem Ex-Vorsitzenden des Westberliner DGB, Ernst Scharnowski, und dem CDU-Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, "für die Mitarbeit gewonnen" wurden: Professor Ernst Fraenkel, Professor Georg Koltowski, Professor Wilhelm Knevels sowie der Dozent Jürgen Domes.

REPUBLIKANISCHER CLUB: NUN AUCH IN BADEN-BADEN

Auch in Baden-Baden, nach der Stern-Kolumnistin Sybille die "Hochburg der Restauration," ist jetzt ein Republikanischer Club in Gründung. Es wird erwogen, den Club, ähnlich wie in Westberlin, mit einem Restaurationsbetrieb zu verbinden. Anstoß zur Clubgründung gab die Auseinandersetzung um eine geplante Veranstaltung im Kurhaus der Badestadt, in der Rudi Dutschke sprechen sollte. Der CDU-Bürgermeister der Stadt, Schlapper, verweigerte dem SDS einen Saal. Der neugegründete Republikanische Club soll der Außerparlamentarischen Opposition nun in Baden-Baden ein ständiges Forum schaffen.

HINWEISE DER REDAKTION

EIN PROGRAMM ETWAS AUSSERHALB DER NEUTRALITÄT bietet der Hannoveraner Kabarettist Dietrich Kittner unter dem Titel "Bornierte Gesellschaft" im Theater im Europa Center bei Jule Hammer an. Das Programm läuft täglich außer Montag um 20.30 Uhr.

ÜBER DAS VORURTEIL spricht Dr. Hilde Lange-Undeutsch in einer gemeinsamen Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde und der Humanistischen Union im Jüdischen Gemeindehaus, Fasanenstraße, am Mittwoch, 10. Januar, 20 Uhr.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 8. Januar, 20 Uhr, findet eine Zusammenkunft des Arbeitskreises "Aktion" im RC statt. Es soll über die Anerkennungs-Demonstration vom 16. Dezember auf dem Kurfürstendamm diskutiert werden.

DONNERSTAG, 11. Januar, 20 Uhr, hat der RC G. Spindler aus Hilden (Rheinland) zu Gast. Spindler wurde dadurch bekannt, daß er sein Unternehmen zum Teil in das Eigentum seiner Mitarbeiter überführte. Der Unternehmer wird darüber in einem Referat berichten und diskutieren.

SONNABEND, 13. Januar, 20 Uhr, wird Dr. J. Rattner seinen Vortragszyklus über Psychoanalyse und Kultur fortsetzen.

ENDE JANUAR spricht im RC der stellvertretende Direktor des Instituts für Auslandsbeziehungen in Warschau, Dr. M. Tomala, über polnische Friedens- und Abrüstungsinitiativen für Mitteleuropa. Nach dem in deutscher Sprache gehaltenen Vortrag findet eine Diskussion statt. Dr. Tomala wirkte vor seiner wissenschaftlichen Tätigkeit einige Jahre als Diplomat an der polnischen Botschaft in Ostberlin.

UND AUGSTEIN UND / VON CARL L. GUGGOMOS

Zum neuen Jahr haben sich die Nebel gelichtet. Man sieht klarer. Man weiß, daß die als Allesgarküche vorgestellte ganz große Koalition über den Status einer Würstelbude nie hinausgelangen wird. Es hat sich erwiesen, daß die sich auf Realpolitik beschränkenden und beschränkten Bundespolitiker nicht einmal zur Lösung ihrer vielzitierten Sachprobleme fähig sind - siehe Mehrwertsteuer, siehe Versicherungsreform; man wird auch noch das sich Mitte des Jahres öffnende neue Budgetloch sehen. Bonns Dependance in Schöneberg hatte außer einem blauweißen Neujahrsgruß "an unsere Ostberliner", sinnigerweise auf Westberlins Litfaßsäulen geklebt, ohnehin nichts anzubieten, was der Schreibe wert wäre. Kiesinger unternimmt es, der FDP den Abstand von einer Wahlrechtsklage durch ein untergeschobenes Direktmandat zu ermöglichen. Schütz redet sich in Monologen, in denen vom Studenten-auf-die-Finger-Klopfen die Rede ist, ein bißchen Mut zu. Die ganz großen Koalitionsparteien bestätigen sich und anderen in wortreichen Aktionsprogrammen für die Zukunft, was in der Vergangenheit eigentlich alles hätte getan werden müssen.

Gingen die Bürger nicht zum Einkaufen und führen die Bürger nicht zum Vergnügen über die Straßen (wozu es behördlicher Anregung nicht bedarf) : Man müßte vermuten, dieser Staat sei bereits in die zweite Phase seiner Agonie eingetreten.

So wendet sich der nach Abwechslung heischende Blick zwangsläufig einer Gruppe lamitierender Gestalten zu, die ohne Schwierigkeit als vom Podest gestürzte Säulenheilige zu erkennen sind. Es handelt sich um die der Ganz Großen Koalition angepaßte Opposition; sie läßt sich umschreiben mit den Begriffen "Spiegel", "Zeit" und "Frankfurter Rundschau", grob skizzieren mit den Namen Augstein, Dönhoff, Flach. Und und. Vertreter der Anerkennungspartei, gewiß, aber nur solange sich dies wohlfeil mit Worten kundtun ließ; nicht mehr, seit es Leute gibt, die sich Plaketten mit Bekennermut ans Revers stecken. Gegner des täglichen Massenmords mit Napalm in Vietnam, gewiß, aber nie ohne den Hinweis, daß auch der Vietcong Bäuche aufschlitzt. Rufer im Streit "Nieder mit Springer", gewiß, aber nur solange nicht Leute da waren, die konkret sagen, wie Springers Bewußtseinsmaschinerie niedergehalten werden kann. Gegner des Regimes in Bonn, gewiß, aber nie ohne wortklingelnde Hinweise, wie sich doch alles bestens arrangieren lasse, wenn nur die SPD mit der FDP, oder die CDU mit der FDP oder die FDP mit der CSU und der SPD, wenn nur nicht die CDU mit der CSU und der SPD.

Jahrelang haben die Säulenheiligen der Opposition vorgespielt, sie seien eine. Jetzt, da die Demaskierung Pflicht geworden ist, wird hinter manch feuriger Larve das welke Gesicht des Bourgeois sichtbar. Gegenseitig bemitleiden sie sich als "lizenzierte Hofkritiker" oder "späte Liberale" - es hat gegessen. Und fortan ist die wirkliche Opposition für jene, die sich links glaubten, die neue Romantik, wie sie für jene von Rechts die neue SA ist. Jeder sieht sich eben im eigenen Spiegel.

Und Augstein? Manche hoffen nur noch auf sein schlechtes Gewissen, das ihn Geld verstreuen läßt. Sicherlich ist Augsteins Denkansatz jenem der anderen gestürzten Säulenheiligen ähnlich. Aber Augstein hat andere Denkdimensionen. Er weiß, daß sich jeder eines Tages entscheiden muß. Sein letztes Editorial "Und Vietnam und" belegt das. Es belegt auch, daß Augstein sich noch nicht entschieden hat.

Deshalb: Macht Augstein Mut. Holt Augstein aus dem Spiegel. Schenkt Augstein ein neues Blatt. Laßt ihn sich entscheiden.

BESTIMMT DER BDI DIE POLITIK WESTBERLINS ?

Fakten zum Zusammenspiel Schiller-Berg zur Verhinderung einer neuen Westberliner Wirtschafts- und Handelspolitik

Im Juni 1967 nahm Bundeswirtschaftsminister Prof. Karl Schiller (SPD) auf Einladung des Bdi-Präsidenten Fritz Berg an der Präsidialsitzung dieses Verbandes in Köln teil. Während der Beratung der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik und der Abstimmung der wichtigsten aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme mit dem Bdi kam der Bundeswirtschaftsminister auch auf die Lage in Westberlin zu sprechen. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die dortige Konjunkturlage im wesentlichen die gleiche sei wie in der Bundesrepublik, die besondere Lage der Stadt jedoch ein differenzierteres Herangehen an die Lösung der gegenwärtigen Probleme verlange, um die politischen Spannungen in Westberlin nicht zuzuspitzen.

Schiller forderte deshalb eindringlich alle Präsidiumsmitglieder auf, dafür zu sorgen, daß die großen Konzerne ihre besten Führungskräfte mehr als bisher nach Westberlin delegieren und bat den Bdi, in Anbetracht der kritischen Lage der Stadt, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gebe, diesen Fragen auch in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bdi-Präsidium beschloß daraufhin, seine nächste Präsidialtagung am 25. September 1967 in Westberlin durchzuführen und sich eingehend mit dieser Problematik zu befassen. Der Bdi-Präsident machte Schiller jedoch darauf aufmerksam, daß Westberlin kein Tummelplatz für Extratouren sein könnte und daß es an der politischen Führung der Stadt liege, die Vertrauensgrundlage für ein verstärktes Engagement des Bdi zu schaffen bzw. wieder herzustellen. So betonte er, daß es zum Beispiel nicht angehe, die Auffassung zu vertreten, Westberlin müsse seinen Osthandel stärker erweitern und diese Entwicklung auf Kosten eigener lebenswichtiger politischer Interessen vor sich gehen. Die unbedingte Einbeziehung der Stadt in die Politik Bonns müsse auch weiterhin gewährleistet sein. Bundeswirtschaftsminister Schiller gab seine Zusage, sich im Interesse der gemeinsamen Ziele für die Forderungen des Bdi einzusetzen.

Als sich jedoch nach dieser Präsidialtagung des Bdi in der Westberliner SPD deutlichere Ansätze zu einer realistischeren Betrachtung abzeichneten, fanden neuerliche Absprachen zwischen Schiller und Berg statt. Dabei stellte man klar, daß mit allen Mitteln, sogar bis hin zu personellen Veränderungen in der Spitze des Senats, eine wie auch immer geartete Abweichung der Westberliner Politik von derjenigen der Bundesregierung verhindert werden müsse. Die Auseinandersetzungen in dieser Frage erreichten in der Öffentlichkeit ihren Höhepunkt nach der Veröffentlichung des sogenannten Glienicker Arbeitspapiers zu dem Zeitpunkt, als die Bdi-Präsidialtagung in Berlin stattfand. Berg forderte in diesem Zusammenhang unverblümt eine noch engere Verklammerung der Westberliner Wirtschaft mit der der Bundesrepublik und wandte sich entschieden gegen eine "Brückenfunktion" bzw. "Drehscheibe Berlin" zwischen Ost und West, wie sie von Westberliner SPD-Kreisen vertreten worden war: Berlin und die Bundesrepublik seien ein Ganzes und müßten es auch bleiben. Zweifel daran seien gefährlich.

In einer Besprechung mit dem damaligen Albertz-Senat übte Berg zur Durchsetzung seiner Forderungen massiven wirtschaftlichen Druck aus und stellte im Zusammenhang mit den Bindungen an die Bundesrepublik und zum vorgesehenen Ausbau des Osthandels Westberlins eine Reihe kritischer Fragen an den Senat. Dabei wies er darauf hin, daß Westberlin mit einer derartigen Politik in Abhängigkeit vom Osten gelangen würde. Die Stadt könne aber ihre Probleme nur im engsten Zusammenhang mit der Bundesrepublik, insbesondere aber mit der westdeutschen Industrie, lösen. Die notwendige Belebung der Investitionstätigkeit in Westberlin sei jedoch nicht nur eine Frage materieller Konzeption, "sondern vor allem eine Vertrauensfrage". Diese Vertrauensgrundlage als Voraussetzung für eine Hilfe könne aber nur eine gesunde politische Führung schaffen.

Gleichzeitig verkündete der Bdi die Bildung eines Arbeitskreises, der sich speziell mit Fragen der Wirtschaft der Stadt beschäftigen solle. So gelang es dem Präsidenten des größten Unternehmerverbandes der Bundesrepublik mit Schützenhilfe des Wirtschaftsministers und SPD-Vorstandsmitglieds Schiller, alle Ansätze einer etwas realistische-

ren Betrachtung der Lage der Stadt in der Westberliner SPD zu beseitigen und einen der Bonner Politik ergebeneren Mann, nämlich Schütz, an die Spitze des Senats zu lancieren. In seiner Regierungserklärung entwickelte Schütz dann folgerichtig ein "klares Programm für Berlin" und versicherte nachdrücklich, daß er "Ostabenteuer" ablehne und die Westberliner Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze nur im Westen "im Wirtschafts- und Finanzsystem des freien Deutschland" gesichert werden könnten. Als vorrangige Richtlinie der Senatspolitik gelte auch weiterhin die unbedingte Erhaltung der "Zugehörigkeit zur Bundesrepublik".

Besonders aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß Schütz unmittelbar nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister erklärte, sobald wie möglich mit dem BdI-Präsidenten Berg über die anstehenden Probleme zu beraten. Schiller seinerseits beeilte sich, Schütz mitzuteilen, daß er sich bemühen werde, mehr Investitionen nach Westberlin zu holen, um hier die wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Dieses Zusammenspiel zwischen Berg und Schiller bei der Unterdrucksetzung Berlins macht auch die besondere Wertschätzung Schillers durch den BdI verständlich. So erklärte ein führender Vertreter der Hauptgeschäftsführung des BdI in diesem Zusammenhang, daß Schiller sich bei den verschiedensten Verhandlungen gegenüber Forderungen von Seiten des BdI entgegenkommender gezeigt habe als Strauß oder Vertreter der CDU. Unter den Bedingungen der Großen Koalition sei Schiller der bestgeeignete Wirtschaftsminister und müsse daher in seiner Position gestärkt werden.

EXTRA-DOKUMENTATION

GIULIO GIRARDI: EIN CHRISTLICHES JA ZUR REVOLUTION

Die Auseinandersetzungen um die Haltung der europäischen Kirchen zum amerikanischen Krieg in Vietnam sind durch die Demonstrationen in der Westberliner Gedächtniskirche in der Weihnachts- und der Neujahrsnacht neu aufgeflammt. EXTRA-Dienst dokumentiert aus diesem Anlaß einen Beitrag des in Rom lebenden katholischen Paters Giulio Girardi, der erstmals im Kirchenfunk des Süddeutschen Rundfunks gesendet wurde.

"Das Problem des Überlebens verknüpft sich heute mit dem Problem des Aufbaus einer neuen Welt. Das immer stärkere Bewußtsein der Würde jeder Person und jedes Volkes entzündet die Empörung gegenüber den objektiven Zuständen, in denen Hunger, Not, Unwissenheit und vielfältige Entfremdung herrschen. Von allen Menschen wird gefordert, diese Zustände durch energische, weltweite Aktion zu verändern. Der Aufbau einer neuen, besseren Welt ist heute, wie nie zuvor in der Geschichte, eine Notwendigkeit. Der Mensch entdeckt heute Mächte und Möglichkeiten, die er nie vermutet hat. Aus dem Widerspruch zwischen der erbärmlichen tatsächlichen Situation unserer Welt und den hochgespannten Möglichkeiten einer besseren Welt erhebt sich das Gespenst des Krieges, der das untergründig Böse eint und Kräfte vergeudet, die ihn bekämpfen könnten. Hier stehen wir vor der Schicksalsfrage unserer Zeit: wird die ungeheure Kraft, die der Mensch entdeckt hat, dazu dienen, die Welt zu bauen oder sie zu zerstören?

In aller Analyse und Kritik der Situation hat das Ideal deutlich vor Augen zu stehen: Man kann den Frieden nicht verbürgen, wenn man keine genaue Vorstellung davon hat, keinen Plan für den Weg dorthin und keinen Blick für die Zukunft. Bestrebungen für den Frieden auf bloß "technischem" Niveau wären äußerst armselig.

Darin stimmen Christen und Marxisten überein: das Leben und die Geschichte der Menschen können nicht durch das Streben nach sofortigem Wohlstand bestimmt sein; sie müssen beseelt sein von einem großen Ideal. Eingebendet in den betäubenden Lärm der industriellen Zivilisation bedeutet ein solcher Appell eine Botschaft des Heils. Denkt man den Gedanken zu Ende, so könnte man hier für Christen wie Marxisten eine gemeinsame Mission sehen.

Man kann den anderen nicht verstehen, wenn man seine Ideale nicht kennt und versteht. Wir haben uns zu sehr angewöhnt, unsere Ideale nicht den Idealen des anderen, sondern der Praxis des anderen gegenüberzustellen. Wir fühlen uns gegenseitig mißverstanden.

Historische Umstände haben beide - Christen und Marxisten - daran gehindert, ihre Ideale, aus denen sie leben, vollkommen zu realisieren.

Wird aber eine Übereinstimmung in den Idealen von Christen und Marxisten zu finden sein? Sind die beiden Denksysteme nicht unüberbrückbar verschieden? Und treibt diese radikale Verschiedenheit im Innersten der beiden Denksysteme trotz Dialog und Zusammenarbeit letztlich nicht doch auf verschiedene Ziele? An diesem Punkt der Überlegungen angelangt, sehen Christen wie Marxisten keine Möglichkeit einer echten Zusammenarbeit mehr; jeder müßte einen Verzicht leisten, den keiner ohne Verzicht auf Würde und Zusammenhang seiner Anschauungen leisten kann. Meine Frage lautet daher: Wieweit können Christen und Marxisten von ihren historischen Idealen abgehen, ohne die Treue zu ihrem Glauben zu verlieren?

Die "Diskrepanz", die hier zur Frage steht, betrifft nicht nur die Christen in ihrem persönlichen Leben, sondern auch in ihrer sozialen Einstellung und letztlich in ihrer geschichtlichen Bedeutung. Was durch Christen bezeugt wird, selbst durch kirchliche Autoritäten, drückt nicht immer notwendig die wesentlichen Positionen des Christentums aus. Das Wesen des Christentums bietet viele Möglichkeiten der Wahl einer theoretischen oder praktischen Ordnung auf den verschiedensten Gebieten, Die Kirche öffnet sich heute mehr als je zum Pluralismus; sie ist besonders aufmerksam gegenüber der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Doktrinen.

Ich frage mich, ob es nicht an der Zeit ist, analoge Überlegungen hinsichtlich des Marxismus anzustellen. Eine Unterscheidung zwischen doktrinärem und historisch gewachsenem Marxismus drängt sich auf. Hat sich diese Bewegung nicht oft von dem, was Marx voraussagte, entfernt? Man verfälscht, wie mir scheint, den Sinn des Marxismus, wenn man ihn kanonisiert, aus ihm eine reine, einfache und wirkliche Identifikation mit seinem Ideal macht.

Der gegenwärtige Marxismus ist dabei, seine dogmatische Periode zu überwinden und eine wissenschaftliche Haltung einzunehmen. Wissenschaft ist aber nicht möglich ohne Selbstkritik. Der Marxismus hat sich lange Zeit sowohl für seine Verteidiger wie für seine Gegner in monolithischer Form dargestellt. Das hat nicht wenig dazu beigetragen, seine ursprüngliche Inspiration unkenntlich zu machen. Je mehr Marxisten heute diese Deformation bekennen, desto wirksamer begegnen sie damit einer radikalen Kritik auf christlicher Seite.

Ein Dialog zwischen Christen und Marxisten in Offenheit und Loyalität hätte über kurz oder lang Erfolgchancen. Als Arbeitshypothese würde ich formulieren: in Treue zu unserer fundamentalen Option haben wir die Möglichkeit, uns teilweise, aber wirklich zu treffen. Die kritischen Fragen, die wir wechselseitig aneinander richten, werden die Treue zu uns selbst festigen und die Begegnung bereichern.

Für den Christen liegen die Wurzeln des Krieges im gestörten Gleichgewicht der subjektiven Ordnung; dieses gestörte Gleichgewicht wird als Folge der Erbsünde betrachtet und wird somit niemals aus der Welt verschwinden. Die objektive Ordnung ist gut; sie ist von Gott gewollt. Aber der Egoismus des Menschen schafft immer neue Ungerechtigkeit. Das Friedensideal des Christen ist begründet in einer persönlichen Bekehrung und hat wesentlich moralischen und religiösen Inhalt.

Für den Marxisten liegen die Wurzeln des Krieges in der objektiven Situation, vor allem in der Wirtschaft, insbesondere in der Bestimmung über das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Durch eine solche Wirtschaft wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bewirkt, die Ausbeutung von Völkern durch andere Völker. Diese Entfremdungssituation ruft Befreiungskriege hervor. Friede ist nur zu schaffen durch radikale revolutionäre Transformation der Wirtschaft, durch Übergang vom Privateigentum zum Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Die neue Infrastruktur würde dann eine neue moralische Haltung begründen; die Beziehungen zwischen den Menschen würden sich dann zur Freiheit und Brüderlichkeit entwickeln. Der Umsturz der bestehenden Ordnung ist nur durch Kampf, Gewalt, Diktatur des Proletariats zu erreichen; jede Methode, welche die Revolution bewirkt, ist gut.

Von dieser Position aus werfen die Marxisten der Kirche vor, ihre rein moralische Lösung des Friedensproblems sei unwirksam. Sie lenke die Aufmerksamkeit von den wirk-

lichen Problemen ab und begünstige die Passivität. Umgekehrt erheben die Christen gegen die Marxisten den Vorwurf, sie würden das Problem von Krieg und Frieden vereinfachen, da sie die subjektive Komponente leugnen.

Der Kern des Problems ist aber doch folgender: Was ist notwendig, um den Frieden zu bewahren? Die Revolution zu unterdrücken oder Gutes zu tun? Handelt es sich darum, eine bestehende Ordnung zu bewahren oder eine neue zu errichten? Sind die Positionen von Christen und Marxisten in der Frage nach Frieden und Revolution radikal verschieden? Ich würde für beide Partner eine Neuinterpretation von Christentum und Marxismus vorschlagen, von der Grundvoraussetzung der Humanität her. Wie auch immer Marxisten und Christen können sich insoweit einigen, daß der Krieg notwendig eine objektive, besonders wirtschaftliche Wurzel hat, daß diese Erklärung allein aber ungenügend ist. Eine Aktion gegen den Krieg wird sowohl im objektiv-wirtschaftlichen Bereich wie auch im subjektiv-ethischen Bereich wirksam sein müssen. Der Marxismus kreist um das Problem der zukünftigen Gesellschaft. Er präsentiert sich als Botschaft der Hoffnung: sein Ideal ist der neue Mensch, vollentfaltet in allen seinen Bedürfnissen. Er kann nur in einer neuen Menschheit verwirklicht werden. Freiheit, Einheit, Friede sind die historischen Aufgaben der Menschheit. Die ganze Geschichte wird zur Bewegung der Befreiung, Einigung und Befriedigung.

Der Marxismus stellt einen radikalen Aufbruch der Menschheit dar. Es geht ihm nicht um Vollendung einer schon bestehenden Ordnung, sondern um Erschaffung einer total neuen - bis in die politische, wirtschaftliche und soziale Struktur und deren Prinzipien, ja bis in das persönliche und soziale Leben. Es handelt sich um ein revolutionäres Ideal im vollständigsten Sinn. Diese Revolution hat ihr Ziel nicht darin, eine Gesellschaft, die auf Macht und Knechtschaft begründet ist, zu stürzen, sondern eine neue Gesellschaft aufzubauen, die in Liebe und Freiheit eine bessere Welt garantiert.

Die Christen fragen sich heute, ob die idealen Aspirationen des heutigen Marxismus unvereinbar sind mit deren christlicher Bekräftigung. Muß zwischen Religion und Revolution gewählt werden?

Das moderne Christentum sieht die Notwendigkeit zu solcher Alternative immer weniger ein. Die Christen finden sich bereit, das dynamische Projekt einer irdischen Zukunft des zentralen Liebesgebotes auf die Probe zu stellen. Eine wirklich christliche Haltung schließt den Aufstand gegen unhaltbare, ungerechte Zustände ein und bejaht auch die radikalen Veränderungen. Echtes Christentum fühlt sich heute verantwortlich für die Menschheit.

Die christliche Revolution ist in erster Linie eine innere Konversion, ein tiefer Gesinnungswechsel, der Zugang zu einer neuen Wertskala, untrennbar verbunden mit der Gottes- und Nächstenliebe. Die Gottesliebe, wenn sie ursprünglich ist, kommt nicht ohne Nächstenliebe aus. Sie beginnt mit Aufopferung. Der Anruf Gottes ertönt im Schrei des Elends der Welt.

Der christliche Appell an die Liebe bleibt unwirksam, wenn er nicht die Umwandlung der Welt fordert. Die Revolution muß danach trachten, in die objektiven Realitäten zu münden, sich in die Gesetze der Geschichte einzufügen.

Die Revolution, die durch die Liebe hervorgerufen ist, wird zur Befreiungsbewegung. Das Hauptgebot der Liebe wird den Christen von heute zum Gebot der Befreiung des Menschen, zum Kampfaufruf gegen jede Entfremdung. Die Synthese der beiden Gebote, der Gottes- und der Nächstenliebe, wird zur Synthese von Religion und Freiheit, von Religion und Revolution. Die anthropozentrische Komponente bietet dem Christentum die Möglichkeit, ein historisches Projekt auszuarbeiten, gemeinsam mit all denen, die das Ideal der Freiheit des Menschen auf ihre Fahnen geheftet haben.

Die Schwierigkeiten, die der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten zum Aufbau des Friedens entgegenstehen, liegen teils in der Idee, teils in der historischen Situation. Obgleich auch die historischen Gründe unseres Erachtens sehr ernst sind, haben wir uns doch vornehmlich mit den Gründen, die aus dem System selbst kommen, beschäftigt. Sie betreffen im wesentlichen die Beziehungen zwischen Frieden und Revolution. Unser Schluß ist: die Unterschiede zwischen den beiden Systemen, so radikal sie auch sind, schließen

